

Das Ziel: gute Nachbarschaft mit Ost und West

29 OCT 1971

Brandt setzt fort, was Adenauer begann

Von Arnulf Baring

RFA 20

DIE ZEIT

Es liegt zweifache Konsequenz in Willy Brandts Außenpolitik: die Konsequenz des eigenen Denkens, aber auch die Konsequenz jener außenpolitischen Linie, die alle Kanzler der Bundesrepublik seit 1949 verfolgt haben.

BARING: *Wo liegen eigentlich die Anfänge dessen, was man später die Neue Ostpolitik, Ihre Neue Ostpolitik genannt hat? Sie haben voriges Jahr einmal im Bundestag gesagt, daß am 13. August 1961 ein Vorhang weggezogen worden sei und sich dabei herausgestellt habe: die Bühne war leer. Beginnt also die Neue Ostpolitik Willy Brandts mit dem Mauerbau? Wo liegen die Ursprünge — auch die gedanklichen Ursprünge — dessen, was dann die Neue Ostpolitik geworden ist?*

BRANDT: *Da würde ich zurückgehen bis in die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals — was viele vergessen haben — sind wir, die wir uns politisch bemüht haben in diesem Lande, ja nicht ausgegangen von einem unversöhnlichen Ost-West-Gegensatz, sondern von dem Bemühen, ihn überwinden zu helfen. Ein Mann wie Ernst Reuter, der in Berlin den Ruf gehabt hat, ein sehr militanter Bürgermeister zu sein, hat in diesen Jahren 1946 bis 1948 immer davon gesprochen, daß Deutschland seinen Platz im Westen haben muß, aber sich um Aussöhnung und Freundschaft mit der Sowjetunion und den Völkern zwischen Deutschland und Rußland bemühen muß. Das ist dann verschüttet worden durch den Kalten Krieg. Aber als sich einerseits zeigte, daß er zeitweilig abflaute, und sich andererseits zeigte, daß andere Methoden nicht voranführten, hat man halt das wieder aufgegriffen, womit man nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten war.*

Die Antwort Brandts ist im ersten Augenblick verblüffend. Nicht zehn, sondern fünfundzwanzig Jahre zurück sind die Wurzeln seiner jetzigen Ostpolitik zu suchen? Brandt beruft sich auf Ernst Reuter. Zu Recht. Man hat weithin vergessen, daß Reuter nicht nur jener unbeugsame Verteidiger der Freiheit Berlins war, der mit Entschlossenheit und einem heute merkwürdig anmutenden Pathos dem Imperialismus Moskaus während der Blockade entgegentrat. Es gab auch einen anderen Reuter, der schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, noch vom türkischen Exil aus, die künftige Bedeutung Rußlands in Europa klar vorausgesehen hatte. Reuter wußte, daß die Sowjets nach dem Kriege großen Einfluß in Mitteleuropa besitzen würden, und er war bereit, dem Rechnung zu tragen.

Er suchte für die Deutschen eine ehrliche Zu-

sammenarbeit und wirkliche Verständigung mit dem „großen russischen Volk“. Noch 1947, als sich der kommende Konflikt schon abzuzeichnen begann, in dessen Mitte Berlin und Ernst Reuter stehen sollten, erklärte er vor Sozialdemokraten: „Wir sind nicht antirussisch, wir können nicht antirussisch sein, wir wollen nicht antirussisch sein, und wir werden nicht antirussisch sein.“ Reuter wollte keine Feindschaft gegenüber der Sowjetunion, keine starre, voreingenommene Festlegung gegen die östliche Besatzungsmacht. Auch war er sich über die Lasten und Verpflichtungen eines zu Recht verlorenen Krieges vollkommen im klaren. Andererseits war und blieb er aber kompromißlos dabei, daß auch die Deutschen das Recht auf eine eigenständige, demokratische, freiheitliche Entwicklung besäßen.

Bei Brandt kam hinzu, daß er lange dem Gedanken einer großen, vereinigten deutschen Arbeiterbewegung angehangen hatte; er war überzeugt, Hitler hätte 1933 durch gemeinsames Handeln der Linken verhindert werden können. Enttäuschende Erfahrungen in Spanien, das verheerende Wirken der Komintern und natürlich der Hitler-Stalin-Pakt hatten ihn ernüchert. Trotzdem ließ er den Gedanken einer einheitlichen Arbeiterbewegung noch nicht fallen. Als er allerdings die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone — noch von Oslo aus — erlebte, sah er sofort, wie er einem Freunde schrieb, daß es sich bei der SED um etwas ganz anderes handle als das, „was wir als Ergebnis unserer Einheitspolitik“ erstrebten; die Bildung der SED sei „mit undemokratischen Mitteln und teilweise sogar mit gewalttätigen Methoden vorangetrieben worden“.

Aber gab es vielleicht innerhalb der Sowjetsphäre auch andere, freiheitliche Tendenzen, auf die man seine Hoffnung setzen konnte? Im Juni 1947 reiste Brandt zum erstenmal nach Prag, um sich durch persönlichen Augenschein zu überzeugen, wie sich die Dinge im westlichsten Land der osteuropäischen Einflußzone Moskaus gestalteten. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten schien Brandt hier die persönliche Freiheit nicht zu gefährden und ließ ihn hoffen, daß der Gegensatz zwischen Ost und West einen Ausgleich finden könnte. Wenn diese Hoffnungen sich in der Tschechoslowakei bestätigen sollten, dachte Brandt damals, so durfte man auch der Zukunft Berlins, der Wiedervereinigung Deutschlands mit einiger Zuversicht entgegensehen.

Neun Monate später hielt Willy Brandt — und alle diejenigen, die mit ihm auf eine Synthese von Sozialismus und Freiheit gehofft hatten — durch den kommunistischen Staatsstreich in Prag eine eindeutige Antwort. Bald darauf



Aufnahme: Horst Tappe

Bundeskanzler Brandt, Träger des Friedensnobelpreises 1971

begann die Blockade Berlins. Die Bundesrepublik Deutschland, diese Schwester des Atlantikpakts und Tochter des Kalten Krieges, trat ins Leben. Der Koreakrieg führte zur westdeutschen Wiederbewaffnung. Viele fürchteten damals, daß die feindselige Konfrontation einen dritten Weltkrieg auslösen werde.

Die Sowjetunion versuchte, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Zehn Jahre nach der Blockade begann, im Spätherbst 1958, eine neue Berlinkrise: Chruschtschow forderte praktisch die Westmächte auf, binnen eines halben Jahres auf ihre Rechte in Berlin zu verzichten. Inwieweit hat diese Entwicklung — einerseits die drastisch gesteigerten Spannungen um Berlin, andererseits eine zunehmende Entspannungsbereitschaft der Westmächte — den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zur Suche nach neuen Wegen in der Außenpolitik veranlaßt? Sah er die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik?

BRANDT: Das ist ganz sicher so. Die Konzeption, von der man ausging, daß die Viermächteverantwortung für Berlin die Fragen hinreichend beantwortet, die mußte ja korrigiert werden. Insofern war es richtig, daß Sie vorhin den 13. August 1961 nannten. Da wurde eben völlig deutlich, daß die Sowjetunion entschieden hatte und auch die Macht hatte, es durchzusetzen, was mit dem anderen Teil Deutschlands einschließlich Ostberlins geschehe. Aber es hat sich auch gezeigt, daß in dem Prozeß der westlichen Zusammenarbeit und Einigung die Bundesrepublik eben nicht nur sich treiben lassen konnte, sondern daß sie ihre eigene Rolle spielen mußte, ihre spezifischen Beiträge bringen mußte. Sie mußte sich, wie es einer mal gesagt hat, selbst anerkennen — das steckt ja in der Außenpolitik mit drin, die wir zu entwickeln bemüht sind in diesen Jahren. Sie mußte also in der westlichen Gemeinschaft gleich werden mit den anderen, indem sie sich bemühte, zumindest jenes Maß an

Normalisierung dem Osten gegenüber zu erreichen, das unsere Partner weithin schon erreicht hatten. Sie muß sich außerdem bemühen, aus ihrer Rolle als Teil eines gespaltenen Landes heraus, die — wie ich sagte — spezifischen deutschen Beiträge zu leisten.

Die deutsche Politik in Bonn hat mehr als ein Jahrzehnt gebraucht, um zu dieser Einsicht vorzustoßen. Es war auf die Dauer keine mögliche, keine erfolversprechende Politik — ja, es war streng genommen überhaupt keine Politik, sondern bloße Rhetorik, sich auf die Bewahrung oder Behauptung von Rechtsstandpunkten zu beschränken. Die Fortsetzung dieses Kurses mußte die Bundesrepublik in die Rolle des ewigen Nörglers drängen und damit innerhalb des westlichen Bündnisses isolieren. Noch schlimmer: In dem Maße, in dem — ganz von selbst, einfach durch Zeitablauf und durch wachsende wirtschaftliche Kraft — das politische Gewicht der DDR ständig zunahm, mußte die Position des freien Berlin in Gefahr geraten, wenn es nicht rechtzeitig gelang, die gewachsenen Realitäten der Berliner Lage rechtlich abzusichern. Das setzte eine Übereinkunft mit der Sowjetunion und, wie die Dinge lagen, auch mit der DDR voraus.

Auf die Dauer, das wurde zu Beginn der sechziger Jahre immer klarer, kam die Bundesrepublik ohne eine nüchterne Überprüfung ihrer Situation nicht aus. Sie mußte, wenn sie neue Handlungsfähigkeit gewinnen wollte, von ihrer gegenwärtigen Gestalt ausgehen, sich also nicht als etwas Provisorisches und damit Vorübergehendes begreifen, sondern als Rahmen freier deutscher Politik auf unabsehbare Zeit. Sie mußte versuchen, wie Konrad Adenauer seit 1949 nach Westen hin, nunmehr nach Osten Fäden neu zu knüpfen.

BARING: In welchem Verhältnis sehen Sie — nach dem, was Sie gesagt haben — Ihre Politik zu der Konrad Adenauers? Kann man sagen, daß das Werk der Versöhnung, der Verständigung nach Westen von Ihnen ergänzt und abgerundet wird durch den Versuch einer Verständigung nach Osten?

BRANDT: Adenauers Politik wird, glaube ich, heute schon als bestätigt angesehen werden können, dort, wo es um die Verständigung mit dem Westen ging, auch um den Versuch, über die atlantische Partnerschaft hinaus die westeuropäische Gemeinschaft entwickeln zu helfen. Die Adenauersche Politik wird nicht bestätigt werden, davon bin ich überzeugt, dort, wo sie wie die damals gleichlaufende amerikanische Politik davon ausging, man könne die Sowjetunion durch Militär, durch den Aufbau militärischer Stärke, aber ohne zum Krieg zu schreiten, zurückdrängen.

Ich habe mit Adenauer — noch als er Bundeskanzler war, dann aber auch in der Zeit, als er nicht mehr Bundeskanzler war — mehrfach gesprochen und in diesen Gesprächen erfahren, wie sehr ihn die Frage beschäftigte, ob man nicht trotz der nicht zu vereinbarenden Gegensätze zu einem besseren Verständnis mit der Sowjetunion gelangen könnte. Er hat dies übrigens seinen Parteifreunden auf einem Parteitag gesagt zu deren großer Überraschung. Dies war ein Thema, das ihn in den letzten Jahren sehr beschäftigte. Er hatte nur nicht mehr die Kraft, wenn man so will, hier selbst seiner eigenen Politik etwas Wesentliches hinzuzufügen. — D

und deutlich auszusprechen — mochte er auch intern gelegentlich betonen, er sei sich bewußt, daß Deutschland die Rechnung des verlorenen Krieges und der Hitlerschen Verbrechen eines Tages noch zu bezahlen haben werde.

Nur langsam und keineswegs gradlinig griff ein Umdenken Platz, das die Elemente einer Normalisierung mit allen unseren osteuropäischen Nachbarn ins eigene Kalkül aufnahm und in Politik umzusetzen suchte. Es dauerte Jahre, bis der Bundestagsbeschluß vom Juni 1961, eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten anzustreben, in die Tat umgesetzt werden konnte. Im März 1963 kam es erstmalig — in Warschau — zur Errichtung einer westdeutschen Handelsmission, im Januar 1967, also zu Beginn der Großen Koalition, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien. Aber Bukarest blieb ein Einzelfall, mußte ein Einzelfall bleiben, solange man — wie noch in der Friedensnote vom März 1966 — die DDR bewußt in die Entspannungsbemühungen nicht einbezog und damit das äußerste Mißtrauen gegen die Motive der neuen Politik nicht nur in Ostberlin, sondern vor allem auch in Moskau mobilisieren mußte.

Hier hat die Große Koalition manche Anläufe unternommen, aber erst die klare Sprache der sozial-liberalen Koalition hat Wandel geschaffen. Mit erstaunlicher Intensität hat die Regierung Brandt gerade im Bereich der Ostpolitik die Dinge in Bewegung gebracht. Damit hat sie sich freilich zwei andere Vorwürfe zugezogen: zum einen, daß sie unsere Beziehungen zum Westen und damit das Fundament der westdeutschen Außenpolitik sträflich vernachlässige, zum anderen, daß sie ihr erklärtes Hauptziel, eine Regierung der inneren Reformen zu sein, aus den Augen verliere. Willy Brandt weicht der Frage nach diesen beiden Vorwürfen nicht aus.

BRANDT: *Ich bin immer davon ausgegangen, daß eine realistische Ostpolitik für uns im Westen beginnt. Das heißt: Sie muß aufbauen auf einem vertrauensvollen Verhältnis zu unseren westeuropäischen Nachbarn, auch zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie muß sich einfügen, soweit es geht, wo immer es geht, in einen westlichen Gesamtrahmen. Aber sie muß dann eben nicht nur darin bestehen, anderen zu applaudieren, die sich bemühen, sondern sie muß, ohne daß man sich übernimmt, eigene Beiträge leisten. Wir haben uns vorgenommen, den Versuch zu machen, uns als ein Volk der guten Nachbarn darzustellen — nach außen und im Innern.*

Es ist schwer, ein noch so wichtiges Problem der Außenpolitik in ein richtiges Verhältnis zu setzen zu dem, worum man sich in der Innen-

politik bemüht. Wissen Sie: auch deswegen, weil die innenpolitischen Probleme weithin den Menschen als nicht so interessant erscheinen. Da geht es um ein mühsames Geschäft, von Jahr zu Jahr hier und dort die Pflöcke etwas vorzustecken. Und trotzdem ist es so, daß eine Regierung über die Jahre hinweg sich natürlich in erster Linie zu kümmern hat um die innere Stabilität und die innere Erneuerung der Gesellschaft, also das, was man Reformpolitik nennt, was langsam Fassung bekommt, auch wenn die Mittel zeitweilig begrenzt sind. Aber dies muß für einen modernen Staat eben doch auch in einem vernünftigen Verhältnis dazu stehen, daß man sich nicht wichtiger nimmt, als man ist, aber sich doch bewährt in der Zusammenarbeit a) mit den Partnern und Freunden und b) mit den schwierigen Nachbarn, demgegenüber ernste und weithin nicht zu überbrückende Gegensätze bestehen bleiben, denen gegenüber jedoch auch Gebiete gemeinsamen Interesses erschlossen werden können und der Sicherung des Friedens wegen erschlossen werden müssen.

BARING: *Eine Frage nach den Perspektiven Ihrer Politik. Sehen Sie die Ostpolitik vor allem als eine Methode, in der Deutschlandpolitik voranzukommen, also eine langfristige Wiedernäherung in Deutschland einzuleiten? Oder meinen Sie, daß das Vorrangige vielleicht darin bestünde, ein allmählich nachlassendes aktives Interesse der Vereinigten Staaten in Europa aufzufangen und in gewisser Hinsicht konstruktiv nutzbar zu machen? Oder sehen Sie es im wesentlichen doch in Deutschlands Beitrag im Sinne dieser Politik der Nachbarschaft zu einem gesamteuropäischen Ausgleich im Sinne einer Politik der Nachbarschaft, also nicht zu sehr im nationalen Interesse?*

BRANDT: *Es steckt von allem etwas drin in der Politik, um die ich mich bemühe. Sie ist natürlich auch national bestimmt, wenngleich ich schon lange nicht mehr an eine isolierte Lösung unserer nationalen Frage glaube, sondern daran, daß sich eine Veränderung im Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands nur bewirken läßt, wenn sich zwischen den Teilen Europas etwas zum Besseren verändert, was nicht ausgeschlossen ist über die Jahre und Jahrzehnte hinweg. Amerika wird sicher nicht in ganz gleichem Maße engagiert bleiben: Es wird sein Interesse weiter zeigen, doch es wird nicht in genau gleichem Maße engagiert bleiben. Die Verantwortung der Westeuropäer wird wachsen. Aber die Westeuropäer werden gut daran tun und wir mit ihnen zusammen, sich nicht nur um eine gute Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zu bemühen, sondern sich auch als solide Partner der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten darzustellen.*

U Daß sich der gegenwärtige Bundeskanzler so vorbehaltlos und nachdrücklich zur atlantischen und besonders zur westeuropäischen Integrationspolitik seines großen Amtsvorgängers bekennt, ist in sich selbst genug Beweis einer Kontinuität Bonner Außenpolitik gen Westen. Indessen gibt es, wenngleich weniger deutlich ausgeprägt, auch eine Kontinuität in der Ostpolitik — nicht erst in Adenauers letztem Lebensjahr, als er seine Anhänger 1966 auf dem 14. CDU-Bundespartei-tag mit der Feststellung verblüffte, „daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen“. Das war keine vereinzelte Äußerung. Willy Brandt erzählt, Adenauer habe ihm im gleichen Jahr gesagt, „man hat in unserem Verhältnis zur Sowjetunion große Fehler gemacht“. Worin lagen diese Fehler?

An sich hatte Adenauer schon frühzeitig den Versuch unternommen, mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen. Die Moskauer-Reise im Herbst 1955, wenige Monate nach der Erlangung westdeutscher Handlungsfähigkeit, und die dort beschlossene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, war ein erster Anlauf. Dabei war sich Adenauer — wie jetzt Brandt — völlig darüber im klaren, daß eine Normalisierung unseres Verhältnisses zur östlichen Führungsmacht schon deshalb versucht werden mußte, um die Position der Bundesrepublik im westlichen Lager zu festigen. Bonn mußte danach streben, wie seine Verbündeten eigene, direkte Verbindungen nach Rußland zu haben und zu pflegen. Bonn mußte sich selbst ein Bild der Lage machen können.

Darüber hinaus war sich schon Adenauer deutlich bewußt, daß die Normalisierung nach Osten Opfer voraussetzte. Im Frühjahr 1958 schlug er Moskau — zunächst über den damaligen Bonner Sowjetbotschafter Smirnow, dann durch den Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden Mikojan — eine Österreichlösung für die DDR vor, also einen Wiedervereinigungsverzicht, wenn man dafür „den Menschen in der Sowjetzone (wie Adenauer sagte) die Möglichkeit gebe, so zu leben, wie sie es wollten, und nicht so, wie es Ulbricht wolle“.

Das war für die damalige Zeit ein kühner, geradezu halsbrecherischer Vorschlag, und Adenauer gestand denn auch dem überraschten und verwirrten Smirnow, er riskiere, wenn dieser Vorschlag in der Öffentlichkeit bekannt werde, von seinen Landsleuten „dafür gesteinigt zu werden“. Dies war nicht übertrieben, wenn man bedenkt, welche Empörung sich in allen Parteien und Gruppen in der Bundesrepublik erhob, als der Philosoph Karl Jaspers zwei Jahre später den Gedanken öffentlich zur Diskussion stellte, es sei wichtiger, für die Selbstbestimmung der DDR-Bewohner als für die Wiedervereinigung einzutreten, auch aussichtsreicher. Trotz dieser negativen Reaktion in der Öffentlichkeit hat Adenauer in all den Jahren — man denke nur an den Plan, den Sowjets einen Burgfrieden anzubieten — solche Projekte in der Stille weiterverfolgt. Aber er wagte nicht, offen mit seinen Landsleuten zu reden, wagte nicht, den Deutschen reinen Wein einzuschenken. Es war sein großer, geschichtlicher Fehler, daß er nicht den Mut hatte, die Wahrheit über unsere Lage klar